



antira-Wochenschau vom 12.06.23 & 19.06.23

Protectas verurteilt, Containerdörfer abgelehnt, Tunesien protegiert

Antirassistischer Rückblick auf eine Woche voller Rassismus und Widerstand:

- Bundesasylcamps: Protectas erstmals wegen Gewalt gegen Geflüchtete verurteilt
- Drastisch: Europa verschärft das Migrations- und Asylregime
- Unterbringung von Asylsuchenden in Containerdörfern vom Tisch
- Rassistische Horrorshow am feministischen Streiktag
- Die EU wirbt um Tunesien als Torwächter Europas
- In Deutschland nehmen Angriffe auf Asylsuchende und Asylunterkünfte weiter zu
- Rassistische Kampagne der „Identitären“
- Müller lässt den Ständerat beschliessen, abgewiesenen Eritreer*innen in Drittländer auszuschaffen
- Passbeschaffungspflicht für Eritreer*innen in der Schweiz abschaffen
- Proteste in Bern und Luzern: Europa lässt sterben und die Schweiz tötet mit
- Widerstand gegen Polizeirassismus in Basel

Bundesasylcamps: Protectas erstmals wegen Gewalt gegen Geflüchtete verurteilt

Am 13. Februar 2021 musste ein Bewohner des Bundesasylcamps Boudry unterkühlt hospitalisiert werden. Vier Protectas-Angestellte hatten den Mann mit nacktem Oberkörper bei minus 4 Grad und eisiger Bise in einen Container gesperrt. Die Videokamera filmte, wie die Person im Container auf dem eisigen Boden zittert, krampft und schliesslich zusammenbricht. Die Protectas-Angestellten unternahmen nichts, um dem Mann zu helfen. Nun wurden sie verurteilt. Ihre Vorgesetzten und die Verantwortlichen vom Staatssekretariat für Migration (SEM) wurden freigesprochen.

Es ist das erste Mal, dass ein Gericht Angestellte von privaten Sicherheitsfirmen in Bundesasylcamps verurteilt. Sie machten sich schuldig wegen „einfacher Körperverletzung und der Gefährdung des Lebens und der Gesundheit anderer“ und in einem

Fall wegen Amtsmissbrauchs. Die geschädigte Person wurde bewusstlos liegen gelassen, wurde nicht ins Warme gebracht. Die Protectas-Angestellten warteten über 10 Minuten, bis sie die Person mit einer Daunendecke zudeckten. Noch länger dauerte es, bis sie eine Ambulanz riefen. Bei ihren Vernehmungen sagten die Angestellten, sie hätten sich an die Vorschriften gehalten. Diese würden es ihnen nicht erlauben, selbst einen Krankenwagen zu rufen. Irgendwann kamen die vier auf die Idee, die interne medizinische Hotline anzurufen. Diese schaltete erst nach einem langen Gespräch den Notruf 144 ein. Vor Ort angekommen, zeigten sich die Notärzt*innen schockiert über das Abwarten. Die Person befand sich nach wie vor auf dem eisigen Boden des Containers. All diese Informationen wurden nicht



In Boudry wurde dieser Container als Zelle genutzt. (Bei der Aufnahme handelt es sich nicht um den im Artikel beschriebenen Vorgang.)

proaktiv von jenen Stellen kommuniziert, die die Verantwortung hätten, das Recht auf Leben in den freiheitsbeschränkenden Asylcamps zu schützen. Es brauchte intensive Hartnäckigkeit eines RTS-Recherche-Teams. Diesem wollte die Protectas bis zum Schluss keine Fragen beantworten. Das SEM seinerseits entschuldigte sich bisher in keiner Weise für die Vorfälle, sondern gab sich wie gewohnt glatt und kalt: „Wir sind dabei, Sicherheitsbeauftragte einzustellen, die Mitarbeiter des SEM sind. Sie werden damit beauftragt, die Ausbildung der Sicherheitsbeamten vor Ort zu betreuen“, beschwichtigt die SEM-Sprecherin Anne Césard. Für den Anwalt der betroffe-

nen Person hätte auch das SEM verurteilt werden sollen: „Wir bedauern, dass es keine Verurteilungen der hierarchischen Verantwortlichen gab, die die Starrheit der Protectas-Agenten organisiert haben und sie daran gehindert haben, das zu tun, was sie angesichts einer drohenden Gefahr hätten tun müssen.“

Übrigens kam es zur Verurteilung nur, weil eine Fachperson auf der Notaufnahme des Neuenburger Spitals Strafanzeige eingereicht hatet. Tun wir es ihr nach, wenn Delikte des Personals in den Camps beobachtet werden oder Informationen dazu vorliegen und es Betroffene wünschen.

Drastisch: Europa verschärft das Migrations- und Asylregime

In Luxemburg schnürten die Justiz- und Innenminister*innen der Schengen-Staaten zwei einschneidende Verschärfungspakete. Offiziell ist sexy von einem neuen „Solidaritätsmechanismus“ die Rede. Die Solidarität der Minister*innen gilt jedoch nicht den flüchtenden Migrant*innen, sondern den ultrarechtsregierten Grenzstaaten Italien, Kroatien, Griechenland, Ungarn.

Das erste Verschärfungspaket soll die heutige Dublin-Verordnung ersetzen. Die Änderungen schränken die ohnehin eingeschränkten Rechte von sogenannten Dublin-Fällen weiter ein und beschleunigen die ohnehin rasch durchgeführten Dublin-Ausschaffungen. Neu sollen auch unbegleitete minderjährige Asylsuchende von Dublin-Abschiebungen betroffen sein und in jene Staat abgeschoben werden, wo sie als erstes erkennungsdienstlich erfasst wurden. Durch die vielen Abschiebungen in Grenzstaaten wie Italien, Griechenland oder

Kroatien würden diese innerhalb der Festung Europa weiterhin für vergleichsweise viele asylsuchende Menschen zuständig bleiben. Deshalb einigten sich die Minister*innen auf ein menschenfeindliches System, das sie Solidaritätsmechanismus nennen: Dieser soll dann greifen, wenn Grenzstaaten einen „Migrationsdruck“ empfinden. Die anderen Schengenstaaten müssten dann entweder durch sogenanntes „Relocation“ Asylsuchende oder Flüchtlinge aus den Grenzstaaten aufnehmen. Doch wenn sie nicht wollen, können sie auch

Fortsetzung von Drastisch: Europa verschärft das Migrations- und Asylregime

einfach 20.000 € pro nicht aufgenommenen Person bezahlen. Dieses Geld kann an die Grenzstaaten fließen, doch es können damit auch aussereuropäische Drittstaaten gesponsert werden, falls diese sich europatreu an der Flüchtlingsabwehr beteiligen.

Das zweite Verschärfungspaket besteht in der Einführung von sogenannten Grenzverfahren in riesigen geschlossenen Camps direkt im Grenzgebiet. Obwohl sie sich auf EU-Boden befinden, gelten Personen dort noch als „nicht eingereist“, wodurch rechtlich erlaubt wird, sie zu entrechten. Das Grenzverfahren dauert 12 bis 16 Wochen. Die meisten, die in Europa ankommen, werden es durchlaufen müssen. In dieser Ausnahmesituation, die als Bestrafung erlebt werden kann, sollen Personen, nachdem sie Flucht oder die Reise über ein Meer überlebt haben und oft an Traumata leiden, ihre Asylgründe glaubwürdig und fundiert geltend machen. Im besten Fall geht es weiter in andere Camps zur weiteren Prüfung. Doch der Vorrang des Grenzverfahrens liegt beim Ablehnen und Abschieben. Gesuche von Staatsangehörigen, bei denen die EU-weite durchschnittliche Anerkennungsquote des Herkunftsstaats unter 20 Prozent liegt, müssen z.B. gar nicht erst geprüft. Gemäss Statistiken betrifft dies aktuell sämtliche Personen aus Russland, Pakistan, Nigeria

und Bangladesch. Die negativen Asylentscheide an der Grenze werden massiv zunehmen. Deshalb erleichterten die Minister*innen die Bedingungen für Abschiebungen. Neu wird es leichter, Personen nicht nur in den Herkunftsstaat sondern auch in irgendwelche sogenannte „sichere Drittstaaten“ abzuschicken.

Als nächstes befasst sich das europäische Parlament mit den Verschärfungen. Das beschleunigte Grenzverfahren in den geschlossenen Riesencamps ist eine Verschärfung des europäischen Asylverfahrens. Das EJPD liess verlauten, dass die Schweiz zwar nicht verpflichtet sei, diese zu unterstützen. Doch die Idee schnellerer Verfahren sei „auch aus eigener Erfahrung“ super: „Die Schweiz hat den europäischen Partnern signalisiert, sich mit den anderen Dublin-Staaten solidarisch zeigen zu wollen“. Das erste Verschärfungspaket betreffend des Dublinsystems muss die Schweiz entsprechend dem Assoziierungsabkommen übernehmen. Bzw. muss das Parlament entscheiden, ob es sie annimmt oder aus dem Dublin-System aussteigt. Das EJPD und die SP-Bundesrätin Baume-Schneider begrüssen die Verschärfungen: „Sie haben zum Ziel, die Effizienz des Systems zu erhöhen, Sekundärmigration zu erschweren und die Rechte und Pflichten der Gesuchsteller genauer zu definieren.“ Dagegen kann auch das Referendum ergriffen werden.

Unterbringung von Asylsuchenden in Containerdörfern vom Tisch

Der Ständerat lehnt einen Kredit für die Unterbringung geflüchteter Menschen in temporären Containersiedlungen ab. Und spielt damit vor allem der SVP in die Hände, welche im Wahlherbst mit dem Thema Migration auf Stimmenfang gehen dürfte.

Für 66 Millionen Franken – ursprünglich waren 130 Millionen Franken geplant gewesen – sollten auf Armeegelände Containersiedlungen zur Unterbringung von 3000 geflüchteter Menschen gebaut werden. Diese Plätze sollten die Bundesasylzentren entlasten, wenn im Herbst wie erwartet mehrere tausend Menschen auf der Suche nach Schutz in der Schweiz ankommen könnten. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) geht davon aus, dass bis Ende Jahr 27 000 Asylgesuche gestellt werden. Der Ständerat hat nun in einer knappen Abstimmung die Container-Lösung abgelehnt. Dabei wurde argumentiert, dass zuerst die bereits vorhanden Zivilschutzanlagen genutzt werden sollen. Das Problem: Diese Plätze brauchen die Kantone bereits selber für die Kontingente jener Asylsuchender, welche nach der Erstunterbringung vom Bund an die Kantone überwiesen werden. Zivilschutzanlagen befinden sich üblicherweise unter der Erde und es fällt nie Tageslicht in die Räume. Besonders für Kinder und Jugendliche sind sie darum nicht für einen längeren Aufenthalt geeignet. Und da Asylsuchende kaum finanzielle Mittel erhalten und im öffentlichen Leben in der Schweiz oft unerwünscht sind, verbringen die meisten notgedrungen viel Zeit in ihrer

Unterkunft.

Ein Argument gegen die Containerlösung sind die Kosten von 66 Millionen Franken. So sagte beispielsweise der St. Galler Mitte-Ständerat Benedikt Würth: «Unsere Aufgabe ist es, mit Steuergeldern verantwortungsvoll umzugehen.» Für die ehemals «christliche» Partei scheint eine würdige oder zumindest zumutbare Unterbringung geflüchteter Menschen somit ausserhalb ihres Verantwortungsbereiches zu liegen. Angesichts des Volumens an Geldes, welches in diesem Land vorhanden ist und gerade erst wieder zur Rettung einer Grossbank verwendet wurde, wirkt das Argument der Kosten bei einem mittleren zweistelligen Millionenbetrag geradezu absurd. Auch wenn Containersiedlungen noch keine optimale Lösung sind, so wären sie zumindest ein Anfang gewesen. Denn die kantonalen Unterkünfte sind bereits jetzt an vielen Orten überbelegt. Sechs Schlafplätze in einem Raum der für vier Menschen ausgelegt ist, stellt keine Seltenheit dar. Ein Zustand, der bisweilen zu fragwürdigen Formulierungen führt: «Wir versuchen intern zu verdichten», nannte Jürg Eberle, Leiter Migrationsamt St. Gallen, beispielsweise seine Strategie. Und klingt dabei wie ein Logistiker in einer La



Bild: Neue Containersiedlungen, wie sie beispielsweise bereits in Basel existieren, wird es nach dem Nein des Ständerates vorerst nicht geben.

gerhalle mit gestapelten Europaletten. Mit dem Entscheid schieben die politischen Institutionen wieder einmal die Verantwortung hin und her. Und am Ende dürfte im Wahlherbst leider wieder einmal die SVP profitieren, sollte in den nächsten Monaten nicht noch eine neue Lösung gefunden werden. Spätestens bei Engpässen bei der Unterbringung wird die rechtspopulistische

Partei wieder mit ihrem «Seht ihr, wir haben doch gar keinen Platz, wir können gar keine neuen Menschen mehr aufnehmen»-Geseier bereit stehen. Die würdige Unterbringung geflüchteter Menschen darf nicht zum Spielball der Parteien im Wahlkampf werden. Alternativen zu Containern und Zivilschutzanlagen gibt es genügend. Zum Beispiel leerstehende Häuser, welche nur als Spekulationsobjekte dienen. Oder Ferienvillen von Milliardär*innen, welche den grössten Teil des Jahres unbwohnt bleiben. Denn Rassismus und Kapitalismus gehen gerne Hand in Hand.

Rassistische Horrorshow am feministischen Streiktag

Ausgerechnet am 14. Juni steht im Nationalrat eine Sondersession zu Migrationsthemen an. Der bürgerliche Rassismus von SVP und Mitte kennt keine Grenzen mehr. Aber von Links werden an diesem Tag maximal Pilotprojekte und Evaluationsberichte gefordert.

Was sind die Forderungen von Rechts:
 - Roger Köppel (SVP) fordert, dass Asylgesuche nur geprüft werden, wenn die Personen über den Luftweg einreisen. Asylsuchende müssen glaubhaft machen,

dass sie „nicht über ein angrenzendes Land eingereist“ seien.
 - Georg Rutz (SVP) stellt „schwerwiegende Mängel bei Kontrollen an den Aussen Grenzen“ fest und fordert in Anlehnung

Auf diese Welle antwortet die Ratslinke mit zwei Vorschlägen:

- an den Schengener Grenzkodex Artikel 29 die Wiedereinführung von systematischen Kontrollen entlang der Schweizer Grenzen.
- Andreas Glarner (SVP) fordert im Schweizer Grenzgebiet Transitzone zur Durchführung sämtlicher Asylverfahren. Auf andernorts gestellte Gesuche wird nicht mehr eingetreten. Die eigentliche Einreise solle ausschliesslich nach einem positiven Asylentscheid bewilligt werden. Diese Transitzone sind wohlverstanden geschlossen, also Knäste.
 - Martina Bircher (SVP) fordert, dass das Ressentiment-Programm, das KKS kurz vor ihrem Abdanken stoppte, für weitere Jahre auszusetzen sei.
 - Marchesi Piero (SVP) fordert dringend ein Konzept, damit „die Zahl der Rückführungen und Ausweisungen in den kommenden Jahren deutlich erhöht werden kann.“ Dies solle auch geschehen, indem die Entwicklungshilfe gestrichen und Sanktionen gegen Staaten des globalen Südens ergriffen werden können.
 - Romano Marco (Mitte) fordert ein Abkommen mit Österreich. Es soll ähnlich dem bereits existierenden Abkommen mit Italien „zur erleichterten Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt“ dienen. Tausende Flüchtende im Transit durch die Schweiz wären Opfer dieses Deals.
 - Samira Marti (SP) will die Erfahrungen mit den Geflüchteten aus der Ukraine evaluieren lassen. Die private Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen biete Integrations- und Sparpotential für Bund, Kantone und Gemeinden.
 - Nathalie Imboden (Grüne) schlägt ein Pilotprojekt für sogenannt „Community Sponsorship Programme“ vor. Damit gemeint sind Einreisemöglichkeiten, die für rechte Politiker*innen auch attraktiv sein könnten, weil der Staat nur einen Teil der Verantwortung übernehmen muss. So könnten z.B. vom UNHCR Personen analog zum Resettlement Verfahren ausgewählt und nach der Einreise von einer Privaten (Kirche, NGOs) unterstützt werden. In anderen Staaten gibt es solche Programme. Die Privaten müssten sich während der ersten zwei Jahre für die Integrationsmassnahmen, die Unterbringung und die Finanzierung verpflichten.
 - Die Gründliberalen reichten über Judith Bellaiche (GL) ebenfalls einen Vorschlag ein. Sie propagieren die Annahme (ohne gesichertes Wissen), dass eine 10-Millionen-Schweiz vielen Angst mache. Der Bundesrat solle deshalb aufzeigen, inwiefern sich der Wohnungsmarkt, die Verkehrsnetze, das Bildungs- und Gesundheitssystem oder die Altersvorsorge angesichts der Migration und des Bevölkerungswachstums verändern: „Dabei soll auch der Finanzierungsbedarf der Massnahmen und die Auswirkungen auf unseren Wohlstand benannt werden“.

Die EU wirbt um Tunesien als Torwächter Europas

Wenige Tage nach der Verschärfung des Asylrechts sind EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die italienische Premierministerin Giorgia Meloni und der niederländische Premierminister Mark Rutte nach Tunis gereist. In Form eines «Partnerschaftspakets» bot von der Leyen dem Präsidenten Tunesiens, Kais Saied, zukünftig eine engere Kooperation bei Migration und Wirtschaft an: Sie schlug ein Wirtschaftshilfepaket in Höhe von 900 Millionen Euro für Tunesien sowie weitere 150 Millionen Euro als unmittelbare Haushaltshilfe vor.

Dabei hatte das EU-Parlament erst vor kurzem Kais Saied wegen seines autokratischen Regierungsstils kritisiert. Im Februar war Saied mit einer hetzerischen Rede gegen Migrant*innen negativ aufgefallen. In Tunesien müssen die Migrant*innen mangels Asylgesetz ohne klaren Aufenthaltsstatus arbeiten. In seiner Rede argumentierte er gegen die vornehmlich aus der Subsahara stammenden Migrant*innen im Stile der extremen Rechten: Sie seien Teil einer Verschwörung gegen die arabische und islamische Kultur Nord-

afrikas. Seither kommt es zu rassistischen Übergriffen auf Migrant*innen, weshalb nun viele Subsahara-Afrikaner*innen an der Küste auf eine Überfahrt nach Europa warten. Wenn es um die Um- und Durchsetzung des verschärften EU-Asylsystems geht, umwirbt die EU solche Autokraten aber gerne mit grosszügigen finanziellen Angeboten. Neben dem angebotenen Wirtschaftshilfepaket sollen weitere 105 Millionen Euro für Grenzschutz und Schmuggelbekämpfung fliessen.



Die italienische Premierministerin Giorgia Meloni bietet sich bei Tunesiens Präsident Kais Saied an.

Die Rolle der rechtsradikalen Premierministerin Giorgia Meloni

Vor allem die rechtsradikale Premierministerin Italiens braucht eine enge Kooperation mit Tunesien, um ihren als Erfolg gefeierten «neuen Umgang» mit den Migrant*innen umsetzen zu können. Meloni will die Zahl der ankommenden Migrant*innen drastisch reduzieren. Sie sicherte daher Saied weitere finanzielle Unterstützung zu, damit Tunesien den 2022 vom Internationalen Währungsfonds zugesagten Kredit über 1,9 Milliarden US-Dollar erhält. Denn für die Auszahlung fehlt aktuell noch die Freigabe des IWF-Vorstands. Italien hat sich wiederholt für die Freigabe ausgesprochen. Für den Fall eines Abkommens zwischen Tunesien und dem IWF will Italien noch einmal 700 Millionen Euro dazulegen.

Meloni hat vergangene Woche auch Libyens Premier Abdul Hamid Dabaiba besucht. Sie plant eine Allianz gegen Menschenhändler und Migrant*innen und hat als Partner Tunesien und Libyen auserkoren. Bei ihrem Besuch beschlossen die drei eine Konferenz mit Staaten, die an der Migrationsroute nach Europa liegen, einzuberufen.

Tunesiens Rolle als Torwächter und Grenzpolizei Europas

Die EU hofft auf Tunesien als Partner für ihre verschärfte Asylpolitik. Ihr Angebot zeigt die erwünschte Rolle Tunesiens als Torwächter der Migration von Nordafrika nach Europa auf. Für Geflüchtete bedeutet der vorgeschlagene Deal eine massive Ver-

schlechterung. Mit dem Deal versucht die EU die «irreguläre» Ausreise aus Tunesien einzudämmen und somit das Recht, jedes Land auf eigenen Wunsch verlassen zu können. Ausserdem wird damit das Recht auf Asyl faktisch ausgehebelt.

Die EU unterstützt bereits seit Jahren mit Millionen von Euro das Migrationsmanagement – im Klartext bedeutet dies Migrationskontrolle und Grenzkontrolle – in Tunesien. Mit den Geldern werden tunesische Sicherheitskräfte, die Polizei und die Nationalgarde auf See verstärkt, welche schwere Übergriffe gegen Migrant*innen und Asylsuchende begangen haben.

Tunesien könnte die Rolle als Grenzpolizei Europas auch ablehnen

Die Zukunft der europäisch-tunesischen Beziehungen wird sich wahrscheinlich innerhalb der nächsten zwei Wochen entscheiden. In dieser Zeit – vor dem Gipfel der Europäischen Union (EU) Ende Juni – wird der tunesische Präsident Kais Saied entscheiden müssen, ob er das von der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen vorgeschlagene «Partnerschaftsprogramm» annehmen will. Saied steht aufgrund der wirtschaftlichen Situation Tunesiens unter Druck. Doch kurz vor dem Besuch der drei EU-Vertreter*innen lehnte er einen möglichen Deal noch ab. Saied meinte, die Migrant*innen seien «Opfer eines weltweiten Systems», welches sie nicht als Menschen sondern als Zahlen behandle. Sein Land könne nicht, wie einige Länder es gerne hätten, «der Wächter ihrer Staaten» sein.

In Deutschland nehmen Angriffe auf Asylsuchende und Asylunterkünfte weiter zu

45 Angriffe auf Asylunterkünfte gab es in Deutschland allein im ersten Quartal 2023. Dabei kamen mindestens zwei Personen ums Leben. Die zunehmend migrationsfeindliche Rhetorik schafft dabei eine Grundlage für gewalttätige Handlungen.

Insgesamt wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 2023 in Deutschland 45 Angriffe auf Asylunterkünfte registriert. Im Vorjahreszeitraum waren es 19 gewesen. Bei einigen der Angriffe handelte es sich um Sachbeschädigung oder migrationsfeindliche Propaganda. In anderen Fällen ging es um das Legen von Bränden oder um schwere Körperverletzungen. Einige Beispiele:

- Am 9. Januar versammelt sich eine Gruppe verummter Männer vor dem Eingangstor einer Asylunterkunft in Bonn. Sie stellten zwei Bauzaunelemente auf und befestigten daran ein Banner mit der Aufschrift «Zäune hoch / Anträge runter».
- Am 25. Januar wird in Berlin ein Brandanschlag auf ein Haus verübt, in dem geflüchtete Personen leben. Von zwei schwer verletzten Bewohner*innen stirbt Yazı Almiyah am 10. Februar. Die Polizei meldet dies erst zehn Tage später und sieht «keine Anhaltspunkte für eine politische Tatmotivation».
- Am 1. Februar legen Unbekannte mithilfe eines Brandbeschleunigers ein Feuer in einem für Geflüchtete vorgesehenen Zelt bei Marklkofen (Bayern). Obwohl daraufhin ein Sicherheitsdienst eingesetzt wird, wiederholt sich die Tat am darauffolgenden Tag.
- Am 9. Februar versammeln sich sechs

zum Teil verummte Personen auf der Straße vor einer Asylunterkunft in Peutenhausen und zünden Begalos. Dazu entrollen sie ein circa zehn bis 15 Meter großes Transparent und blockieren den Verkehr.

- Am 13. Februar stirbt ein 29-jähriger Mann aus dem Irak beim Brand eines Containerdorfs für Geflüchtete und Wohnungslose.

Rassistische Angriffe richteten sich nicht nur gegen Asylunterkünfte, sondern auch gegen Migrant*innen direkt. Im ersten Quartal 2023 gab es nach offiziellen Angaben 408 Angriffe. Im Vorjahreszeitraum waren es noch 243 gewesen.

Die migrationsfeindliche Rhetorik in Politik und Medien dürfte die rassistische Mobilisierung auf den Strassen bestärken. Rechtsradikale Positionen beispielsweise der AfD finden breites Gehör. So verbreiten sich rassistische, antisemitische oder nationalistische Narrative in der Gesellschaft und bestärken Menschen, aktiv zu werden: Gegen Geflüchtete, gegen Frauen, gegen Wohnungslose. Viele Fälle werden nicht bekannt. Noch mehr Fälle werden gar nicht erst gemeldet, da sich Betroffene keine Hilfe von den Behörden erwarten. Wie gross das Ausmass an Gewalt gegen migrantisierte Personen ist, wird also auch in Deutschland weiterhin unsichtbar bleiben.

Beim Brand von 10 Containern in Hamburg stirbt im Februar ein Mann aus dem Irak.



Zum Weiterlesen:

Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle

Die gemeinsame Chronik der Amadeu Antonio Stiftung und von PRO ASYL dokumentiert Übergriffe auf und Demonstrationen gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte. Die Datengrundlage der

Chronik sind öffentlich zugängliche Berichte in Zeitungsartikeln, Pressemitteilungen der Polizei sowie Meldungen lokaler und regionaler Register- und Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

<https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>

Lesens-/ Hörens-/ Sehenswert

Geflüchtete im Niger: Wo Europas südlichste Grenze beginnt

Innert weniger Jahre hat sich der Sahelstaat Niger zum zentralen Partner der EU-Abschottungspolitik gemausert. Seither sind die Reiserouten wesentlich gefährlicher geworden. Eine Recherche in der Wüstenstadt Agadez.

<https://www.woz.ch/2324/gefluechtete-im-niger/wo-europas-suedlichste-grenze-beginnt/!A9MT737END8K>

Polizeigewalt in Basel: Tatort Tesla

Es sind Schilderungen brachialer Gewalt: In Basel berichten mehrere migrantische Menschen, wie sie jüngst von Polizisten malträtirt worden sind. Die Übergriffe sind Teil eines grösseren Problems.

<https://www.woz.ch/2324/polizeigewalt-in-basel/tatort-tesla/!N1BPHSP4VG0G>



Rassistische Kampagne der „Identitären“

In Deutschland startet die rechtsradikale «Identitäre Bewegung» die Kampagne “No Way – Do not come to Europe”. Das Ziel: Menschen in verschiedenen afrikanischen Ländern zu überzeugen, sich nicht auf die Reise nach Europa zu begeben. Im Rahmen der Kampagne seien in verschiedenen afrikanischen Städten gosse Schilder installiert worden.

Die drei Grundforderungen der Kampagne sind:

1. Aufbau ökonomischer Sonderzonen zur örtlichen Aufbauhilfe. Vorausschauende Migrationspolitik bekämpft die Ursachen der Migration bereits an der Quelle.
2. Gründung lokaler Stiftungen und Werbeagenturen, die zielgerichtet auf die öffentliche Meinungsbildung der afrikanischen Gesellschaften einwirken und dazu animieren, sich eine Zukunft in der eigenen Heimat aufzubauen, statt nach Europa einzuwandern.

3. Politischer Einsatz für eine international agierende Polizei- und Militär-Task-Force zur Bekämpfung der Menschenschlepperstrukturen in Afrika.

Klar, dass koloniale Ausbeutung und Kriege sowie klimatisch bedingte Gründe keine Erwähnung finden. Diese Gründe stünden ja im Widerspruch zur Aufrechterhaltung von Vorherrschaft und Wohlstand des globalen Nordens und des Überlegenheitsgefühls faschistischer Organisationen.

Müller lässt den Ständerat beschliessen, abgewiesenen Eritreer*innen in Drittländer auszuschaffen

Am Montag sagte der Ständerat mit 20 gegen 18 Stimmen ja zu einem Vorschlag FDP-Müller aus Luzern. Dieser verlangt ein Pilotprojekt, um abgewiesene Asylsuchende in ein Drittland statt ins Herkunftsland auszuschaffen. Dieses Land würde dafür von der Schweiz entschädigt. Der Vorschlag geht nun an den Nationalrat.

Mit dem Entscheid zeigt der Ständerat, dass ernichts von den Grundrechten der Betroffenen hält, sie sind ihm schlichtweg gleichgültig. Müller überzeugte mit Fake-News. Er sagte, abgewiesene Personen erhalten in der Schweiz zu viel Sozialhilfe. Doch in Wahrheit überleben Abgewiesene von der Nothilfe: 8 bis 10 Franken pro Tag, einen Platz im Camp und die obligatorische Krankenversicherung. Trotzdem überzeugte Müller.

Es war übrigens der gleiche Müller, der 2018 eine Motion einreichte, in der er den

Bundesrat aufforderte, „so viele vorläufige Aufnahmen wie möglich aufzuheben“. Wer diesen Status aufhebt, nimmt den Menschen die letzte Möglichkeit zur Selbstbestimmung und treibt sie aktiv in die Abhängigkeit der Nothilfe. „Müller spielt Feuerwehrmann und Brandstifter, indem er haarsträubende Lösungen für Probleme vorschlägt, die er selbst geschaffen hat“, schreiben dazu der Eritreische Medienbund Schweiz und Solidarité sans frontières in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Was nun?

Passbeschaffungspflicht für Eritreer*innen in der Schweiz abschaffen

Die Petition fordert, dass Eritreer*innen in der Schweiz von der Passbeschaffungspflicht befreit werden. Der Grund: Um Pässe auszustellen, stellt die eritreische Botschaft in Genf drei unzulässige und unzumutbare Bedingungen:

1. Selbstbeschuldigende „Reue-Erklärung“: Eritreer*innen müssen unterzeichnen, den sogenannten „nationalen Pflichten“ nicht nachgekommen zu sein und die dafür verhängten Strafen zu akzeptieren.
2. Unzulässige „Diaspora-Steuer“: Eritre

*Fortsetzung von: Passbeschaffungspflicht für Eritreer*innen in der Schweiz abschaffen*

er*innen müssen 2% auf ihr bereits in der Schweiz versteuertes Einkommen bezahlen. Diese Steuer unterstützt die Macht der eritreischen Diktatur.

3. Sensible Informationen: Eritreer*innen müssen Informationen über Angehörige, Freund*innen und Bekannte im Ausland und in Eritrea preisgeben, welche diese gefährden.

Eritreer*innen ohne Flüchtlingsstatus, die beispielsweise heiraten oder eine vorläufige Aufnahmebewilligung F in eine Aufent-

haltsbewilligung B umzuwandeln wollen, müssen den Schweizer Behörden einen Pass vorlegen. Dafür müssen sie Kontakt mit dem diktatorischen Regime ihres Herkunftslandes aufnehmen. Dies ist eine unzumutbare Anforderung. In Deutschland entschied das höchste Verwaltungsgericht, dass die sogenannte „Reue-Erklärung“ unzumutbar sei. Seither verzichten die deutschen Behörden bei Eritreer*innen auf die Passbeschaffungspflicht. Niemand darf gezwungen werden, sich selbst zu beschuldigen.

<https://act.campax.org/petitions/unzumutbare-passbeschaffungspflicht-fur-eritreerinnen-in-der-schweiz-abschaffen>

Wo gabs Widerstand?

Widerstand gegen Polizeirassismus in Basel

Schläge ins Gesicht, in den Bauch, Würgegriffe an Menschen in Handschellen: Mindestens vier Migrant*innen wurden dieses Jahr von der Polizei in Basel zusammengeschlagen. Das No More Komitee und Drei Rosen gegen Grenzen veröffentlichten Fotos, Erfahrungs- und Arztberichte. Strafanzeigen gegen einen Polizisten wurden eingereicht.

NO MORE RACIST POLICE CONTROLS
ZUSAMMEN GEGEN POLIZEIGEWALT



„Er hat mir Handschellen hinter dem Rücken angelegt und sie sehr eng zugezogen. Dann hat er mich ins Auto gebracht. Sobald wir im Auto waren, hat er mich in den Würgegriff genommen und lange Sekunden gewürgt.“ So wird eines der Opfer auf Twitter zitiert. Andere betroffene Migrant*innen berichten von Polizeieinheiten, die ungehemmte Gewalt an People of Colour ausüben und sich für unantastbar halten. Eine andere betroffene Person wird auf

Twitter zittert: „Ich habe gefragt, warum er das tut, worauf er antwortete, dass er es tut, weil er es kann.“ Der Polizist, der dies sage, sei keine Einzelfall. Ganze Einheiten seien beteiligt oder würden zumindest wegschauen. Bisher werden solche Praxen von ganz oben seitens der Polizeiführung Eyermann und Roth gedeckt. Die beiden Kollektive schreiben dazu: „Die Staatsgewalt

trifft rassifizierte und illegalisierte Menschen auf einer alltäglichen Ebene umso mehr. Häufig ist keine Öffentlichkeit anwesend, um zu dokumentieren oder sich zumindest zu empören. Häufig heisst es in solchen Fällen: Einzelfall. Doch: Rassistische Gewaltanwendung ist Alltag bei der Polizei.“

Proteste in Bern und Luzern: Europa lässt sterben und die Schweiz tötet mit

Während in der Schweiz am 14. Juni hunderttausende für Freiheit und Selbstbestimmung auf die Strasse gingen, sind vor der griechischen Küste über 600 Personen ums Leben gekommen. Obwohl die griechische Küstenwache sowie Italien und Malta über die Menschen in Seenot informiert waren, haben sie keine Rettungsaktion eingeleitet. In Bern und Luzern fanden in den darauffolgenden Tagen Proteste statt.

Bereits am Tag zuvor, dem 13. Juni 2023, sind die griechische Küstenwache sowie Italien und Malta über die Menschen in Seenot alarmiert worden. Eine Rettungsaktion wurde nicht eingeleitet. Ihre unterlassene Hilfeleistung rechtfertigt die griechische Küstenwache damit, dass die in Seenot geratenen Menschen von ihnen nicht gerettet werden wollten.

Wir fragen: Warum haben die Menschen auf See solche Angst, griechischen Behörden zu begegnen?

Pushbacks. Inhaftierung. Von der griechischen Küstenwache ins Meer geworfen. Von der griechischen Küstenwache auf einer wackligen Rettungsinsel im Meer ausgesetzt. Gewalt. Schläge. Flüchtende Menschen wissen, dass die Begegnung mit

griechischen Behörden oft Gewalt und Leid bedeutet. Die Boote versuchen deshalb, Griechenland zu umgehen, indem sie viel längere Routen fahren und ihr Leben auf See riskieren. Flüchtende Menschen anschliessend selbst für ihren Tod verantwortlich zu machen, ist absolut zynisch.

Stop blaming people on the move for trying to escape your violence!

Stop blaming people on the move for their own death!

Stop pushbacks, end death at sea, tear down Europe's borders!

Was die Überlebenden des Schiffbruchs berichten

Am Donnerstag wurde ein Interview mit dem ehemaligen Europaabgeordneten Kri

Wut und Trauer: Am 14. Juni ertranken über 600 geflüchtete Menschen vor der griechischen Küste. Auch vor dem Bundeshaus in Bern gab es eine Protestkundgebung.

ton Arsenis veröffentlicht. Er hat am Hafen von Kalamata mit Überlebenden des Schiffbruchs gesprochen. Er enthüllte, dass die griechische Küstenwache das überfüllte Boot abgeschleppt haben könnte, bevor es kenterte.

Denn die Überlebenden berichteten, dass sie von der griechischen Küstenwache gezogen wurden, als das Schiff sank. Das Boot wurde schnell von der Küstenwache gezogen, um es von griechischen Gewässern fernzuhalten. Nach etwa 15 Minuten kenterte das Boot dadurch. Es sank mitten auf dem Meer.

Die griechische Küstenwache hat mehrere Berichte über den Vorfall veröffentlicht. In keinem wird erwähnt, dass das Boot abgeschleppt wurde. Möglicherweise fehlt diese Information in den Berichten der Küstenwache, weil sie eben NICHT versucht haben, das Boot zu retten. Stattdessen versuchten sie wohl, das Boot in italienische Gewässer zu schleppen oder es zurückzudrängen. Wer in Europa Schutz suchte, hat ihn einmal mehr nicht gefunden.

Nach der Flucht im Gefängnis

Was ebenfalls geschah: Neun Überlebende wurden von den griechischen Behörden festgenommen. Sie werden des Schmuggels angeklagt werden, so wie es immer passiert, wenn ein Boot in Griechenland ankommt. Statt nach den traumatischen Er-

eignissen medizinische und psychologische Unterstützung zu erhalten, wurden sie inhaftiert und voraussichtlich mindestens ein Jahr auf ihr Verfahren warten. Nicht die griechischen Behörden werden die Verantwortung für über 600 Tote tragen müssen. Auf diese Überlebenden wird die Schuld abgewälzt werden.

Proteste in Bern und Luzern

Als Antwort auf die tödliche europäische Migrationspolitik wurde am Donnerstagabend in Bern sowie am Freitagabend in Luzern zur spontanen Wut- und Trauerdemo bzw. Kundgebung aufgerufen und in Zürich wird am Dienstag eine Kundgebung stattfinden. Denn auch die Schweiz trägt Verantwortung. Jahr um Jahr investieren die europäischen Staaten mehr Geld in die Abschottung bestimmter Grenzen, schicken weitere Beamt*innen an gewisse Aussen Grenzen und erweitern die jeweiligen Grenzzäune. Sichere Fluchtrouten gibt es für rassifizierte Personen schon lange nicht mehr, was flüchtende Menschen von bestimmten Herkunftsländern auf immer tödlichere Routen zwingt. Der Tod von den über 600 Personen ist das Resultat einer tödlichen Abschottungspolitik, die auch die Schweiz mitträgt.

Es braucht auch hier unseren Widerstand – organisiert euch!

Was steht an?

Kundgebung: Europa lässt sterben

20.06.23 I 19:00 I Zürich, Gemüsebrücke